

## Rede von Bürgermeister Peter Vennemeyer zur Einbringung des Etatentwurfs 2019 in der Sitzung des Rates der Stadt Greven am 31. Oktober 2018

*Es gilt das gesprochene Wort.*

### „Alles Globale betrifft uns auch im Kleinen“

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Rates, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, liebe Gäste der heutigen Ratssitzung und Vertreter der Medien,

„Süßes oder Saures“ lautet heute die Devise, weil ja Halloween ist. Heute bringen wir den Etatentwurf für das Jahr 2019 ein. Auch er enthält Süßes und Saures. Kämmerer Matthias Bücken und ich haben uns die Rollen „Süßes und Saures“ nicht aufgeteilt. Sie werden von beiden Akteuren beides bekommen. Halloween ist inzwischen auch hierzulande ein zelebriertes Fest, stammt aber ursprünglich aus dem katholischen Irland. Die Ursprünge hatten recht wenig mit dem zu tun, was daraus im Laufe der Jahrhunderte und Jahrzehnte vorwiegend durch irische Einwanderer in den USA entstanden ist. Bei uns ist das Phänomen ja noch vergleichsweise jung.

Aber die Welt verändert sich. Sie verändert sich rasant. Sie verändert sich nachhaltig. Nicht jede dieser Entwicklungen mag man immer für gut befinden, sie aufzuhalten ist auch nicht immer möglich. Manche Entwicklung ist gar unerwünscht und wir sollten den Mut haben, diese falschen Entwicklungen laut beim Namen zu nennen. Und manche Entwicklung ist zunächst irritierend, löst Fragen aus und verlangt nach Antworten. Verzeihen Sie mir an dieser Stelle den etwas philosophisch anmutenden Einstieg, das ist ja sonst nicht meine Art. Aber immer mehr Veränderung in immer kürzeren Zeitabständen ist eben etwas, das uns alle im wahrsten Sinne des Wortes bewegt. Und offenbar fällt es den Entscheidern in Politik und Gesellschaft immer schwerer, mit dieser Veränderungsdynamik umzugehen und zufriedenstellende Lösungen zu finden.

#### Digitale Transformation

Für die rasante und unumkehrbare Entwicklung steht beispielsweise das Schlagwort „digitale Transformation“, die durch weitere Schlagwörter wie „Industrie 4.0“, „Web 4.0“ oder „Arbeit 4.0“ gekennzeichnet ist. Jedes 4.0 steht für das, was die Arbeitswelt und das Privatleben heute prägt und künftig immer stärker prägen wird: In immer kürzeren Zyklen werden immer neue digitale Möglichkeiten und Produkte an den Markt gebracht, die das Arbeits- wie das Privatleben nachhaltig verändern. Man mag zur digitalen Transformation stehen wie man will: Aufhalten lässt sie sich nicht. Jede technologische Veränderung ist irgendwann da und wenn sie da ist, wird sie genutzt. Die Aufgabe von Politik, Verwaltung und Wissenschaft ist es, diese Entwicklungen positiv zu begleiten und möglichst Strukturen und Rahmenbedingungen zu schaffen, die stärker den Nutzen und die Möglichkeiten fokussieren und versuchen, die Fehlnutzungen und damit verbundenen Risiken zu minimieren. Im internationalen Vergleich gehört Deutschland nicht zu den Vorreitern bei der Digitalisierung. Das kann und darf bei einem der reichsten Länder der Erde, beim angeblich innovativsten Land der Erde und beim Exportweltmeister Deutschland schlicht und ergreifend nicht wahr sein. Wer sich allerdings anschaut, wie viel Konfusion in unseren manchmal sehr schwerfälligen föderalen Strukturen herrscht, den kann das kaum wundern. Kaum hat der Bund im Rahmen seiner Breitbandstrategie irgendwelche Programme auf den Markt geworfen, die in aller Regel hohe bürokratische Hürden in den Weg stellen, fühlen sich die Länder bewogen, aus zum Teil opportunistischen Motiven eigene Programme hinterherzuschmeißen. Nichts wirkt aufeinander abgestimmt und nicht einmal die Begrifflichkeiten werden einheitlich

verwandt. Wenn wir als Kommune das Thema Breitbandversorgung vorantreiben wollen, müssen wir uns zäh durch einen Wust sich überlagernder, undurchsichtiger Verfahrens- und Fördermonster wühlen. Schnelle Umsetzung – auch wenn wir sie uns wünschen: Fehlanzeige! Trotzdem ist es uns Greven gelungen, dieses Dickicht einigermaßen zu durchdringen und jede Menge Fördergelder für eine umfassende Verbesserung der Versorgungsinfrastruktur für die digitale Welt in Greven zu akquirieren. Wir werden für rund 20 Mio. EUR die Außenbereiche besser versorgen, wir werden unseren Schulen auf einen vernünftigen Standard bringen und wir werden die Versorgung der Gewerbebetriebe verbessern. Wir verbinden das mit weiteren nützlichen Maßnahmen wie dem von allen Seiten hoch gelobten Medienentwicklungsplan. Für uns ist nur ärgerlich, dass wir jedes Mal, wenn wir wieder zwei Schritte vorwärts gekommen sind, das nächste Förderprogramm auf den Tisch bekommen und überlegen müssen, wie wir das alles miteinander kombinieren. Dann geht es wieder einen Schritt zurück. Trotzdem müssen und werden wir das Thema zu einem strategisch wichtigen für die Zukunft machen, damit unsere Stadt wettbewerbsfähig und attraktiv bleibt. Ich möchte an dieser Stelle noch nicht den Ergebnissen der Organisationsuntersuchung in den zentralen Bereichen in diesem Jahr vorgreifen. Aber sicher ist, dass wir eine kommunale Digitalisierungsstrategie benötigen.

Mit der digitalen Transformation verändert sich aber auch die Arbeitswelt. Alles, was sehr prozesshaft in klaren Strukturen abläuft, wird zunehmend digital. Unsere Mitarbeiterinnen müssen lernen, mit den neuen digitalen Techniken zu arbeiten, sie als Hilfsmittel zu nutzen. Und sie werden die Kompetenzen ausbauen, die sie hoffentlich für immer von jeder Digitalisierung unterscheidet: Konzepte und Strategien entwickeln, beraten und empathisch sein. Doch auch die Ansprüche unserer Mitarbeiter verändern sich. Sie wollen ernst genommen werden, Mitspracherechte haben, eigene Entscheidungen treffen und Verantwortung übernehmen. Das stellt unsere Anforderungen an Führung und Führungskräfte vor neue Herausforderungen.

Diesen Themen stellen wir uns. Wir sind im Jahr 2018 dabei, unter breiter Beteiligung unserer Mitarbeiterinnen, eine Arbeitgebermarke zu entwickeln. Uns geht es in diesem Prozess nicht darum, ein Bild zu zeichnen, dem wir in der Realität nicht gewachsen sind. Das würde dazu führen, dass uns Mitarbeiter in Scharen wieder verlassen. Wir führen gerade einen ganz intensiven Dialog über Werte. Was sind die Werte, für die wir als Stadtverwaltung Greven stehen wollen, für die wir Führungskräfte und Mitarbeiter uns engagieren wollen? Diese Werte-Debatte finde ich gerade in der heutigen Zeit unglaublich spannend und wichtig. Nach meinem Gefühl sind uns viel zu viele Werte verlorengegangen. Werte wie gegenseitiger Respekt, Wertschätzung und Würde werden durch Hasstiraden und Wutausbrüche – längst nicht mehr nur in den sozialen Medien – konterkariert. Wir verhalten uns hier in diesem Großen Sitzungssaal weiß Gott auch nicht immer vorbildlich, wenn es um den respektvollen Umgang miteinander geht, obwohl wir mit gutem Beispiel vorangehen sollten.

Als Chef dieser Verwaltung liegt mir viel daran, dass wir unseren Mitarbeiterinnen ein Arbeitsumfeld bieten, in dem sie sich selbst verwirklichen können, den Sinn ihrer Arbeit sehen, sich mit uns als Arbeitgeberin und unseren Werten identifizieren. Wenn uns das nicht gelingt, werden wir künftig nicht mehr das gute Personal finden, das wir zwingend benötigen. Dann können Sie und wir uns noch so tolle Aufgaben und Programme ausdenken. Wenn wir nicht die Menschen haben, die das konzeptionell und praktisch umsetzen, werden wir nichts leisten. Ich darf Ihnen versichern, dass wir an diesen Themen intensiv und im Austausch mit allen Führungskräften und im Dialog mit den Mitarbeitern arbeiten.

### Werte-Diskussion

Ich habe gerade das schöne Wort „Werte“ in den Mund genommen. So wie wir als Arbeitgeber uns mit diesen Werten beschäftigen und überlegen, wie wir diese Werte leben wollen – genau so sollte Politik überlegen, für welche Werte sie steht. Das gilt für jede Partei und für jede Wählergruppierung bundesweit, landesweit und

auch hier in Greven. Die jüngsten Wahlergebnisse machen deutlich, dass es den sogenannten Volksparteien offenbar nicht mehr gelingt, diese Wertediskussion zufriedenstellend zu führen. Sie scheinen für einen immer kleiner werdenden Teil der Wählerinnen die richtigen Antworten auf die Fragen zu finden, die unsere Gegenwart und Zukunft bestimmen. Sie beschäftigen sich lieber mit sich selbst als mit den wirklich wichtigen Fragen. Ihnen ist es wichtiger, Personen aus dem anderen politischen Lager öffentlich zu beschuldigen und bloßzustellen als sich mit den Sachthemen zu befassen und Lösungsszenarien zu entwickeln. Die Quittung erfolgt aktuell von Wahl zu Wahl. Die Volkspartei scheint in unserer Demokratie ausgedient zu haben. Stattdessen gelingt es Gruppierungen wie der AFD, mit Stammtischparolen und dummem Geschwätz oder gar schlicht mit der Verbreitung von widerlegbaren Lügen zweistellig in die Landesparlamente und sogar in den Bundestag einzuziehen. Ihr Potenzial, wenn man das Wort in dem Zusammenhang überhaupt in den Mund nehmen darf, liegt ja nicht darin, dass sie Lösungen präsentieren. Das tun sie genau so wenig wie die etablierten Parteien. Sie bedienen lieber Klischees. Aber das reicht angesichts der Ohnmacht der sogenannten Großen, die eben auch kaum Lösungen anbieten, um diejenigen einzufangen, die sich von der Welt gerade etwas überfordert und schlecht behandelt fühlen. Die Regierungsparteien dagegen handeln weich gespülte und faule Kompromisse aus, die niemand mehr verstehen kann. Schlimmer noch: Wenn ich mir die Talkshows – politische Diskussionen kann man das ja nicht mehr nennen – nach Wahlen anschauere, kommt mir das kalte Grausen: Da sitzt niemand – und damit meine ich alle Parteien – der für irgendwelche Werte steht oder Lösungen auf drängende Fragen anbietet. Nein, es geht beinahe ausschließlich darum, mit dem Finger auf die anderen zu zeigen und sich öffentlich darin zu überbieten, mit noch mehr Schmutz zu werfen als die anderen. Darf man sich ernsthaft wundern, dass Wählerinnen und Wähler und die größte Wählerschar der „Nichtwähler“ keinerlei Lust verspüren, von solchen Personen regiert zu werden?

Auf lokaler Ebene – hier in Greven – sollten wir uns große Mühe geben, es nicht genau so schlecht zu machen. Wir sollten nicht ständig nur Probleme benennen und mit den Fingern auf die bösen anderen zu zeigen, sondern Lösungen entwickeln. An einigen Stellen ist uns das auch gut gelungen: Nehmen wir das Thema Stadtentwicklung, das wir deutlich gestärkt haben. Das war eine kluge Entscheidung! Wir haben nicht nur mit den Teilplänen Mobilität und Wohnen erste Lösungsansätze aufgezeigt, sondern wir haben uns eine politische Agenda für die Zukunft gegeben. Jetzt liegt es an uns, dass wir gemeinsam versuchen, auf dieser fachlich fundierten Basis weiter zu kommen. Das ist das, was die Menschen in Greven von Ihnen als Ratsmitglieder erwarten. Verwaltungintern ist es mit dem neu gegründeten Fachbereich hervorragend gelungen, die Stadtentwicklung als einen kooperativen Prozess zu verstehen und zu gestalten. Ich würde mir wünschen, dass sich diese Kooperationsbereitschaft auch in diesem Rat und unter den Fraktionen ohne Ressentiments durchsetzt.

Innerhalb der Verwaltung ist das Thema inzwischen jedenfalls eines, das wir auf höchster Führungsebene in einem konstruktiven Dialog entwickeln. Wenn wir heute über die Freigabe eines neuen Baugebietes sprechen, dann ist das nicht mehr eine rein technische Entscheidung. Dann werden andere Fragestellungen wie die Entwicklung der Kita- und Schulplätze von Anfang an mitgedacht. Auch unser Herangehen an komplexe Aufgaben verändert sich also gerade auf spannende Weise. Das finde ich gut und richtig! In diesem Zusammenhang zeichnet sich für mich auch ab, wie wichtig das Demografie-Monitoring für uns werden wird. Wir stecken zwar noch in den Anfängen bei diesem Thema. Aber schon bei den ersten Untersuchungen in bestimmten Bereichen, die allerdings noch nicht belastbar genug sind, zeigen sich sehr spannende Dinge. Annahmen, die wir bislang getroffen haben, erweisen sich als so nicht richtig und das wirft neue Fragestellungen auf und fokussiert andere Lösungen als die, die wir bislang für richtig hielten. Sie alle werden dazu in Kürze mehr erfahren. Aber auch bei diesem Thema

zeigt sich, wie interdisziplinär wir in der Verwaltung inzwischen arbeiten und denken. Da wird nicht an einer Stelle entwickelt und geforscht und alle anderen müssen draußen bleiben. Nein, diese Gespräche werden interdisziplinär geführt und man forscht gemeinsam nach Ursachen und Erkenntnissen. Für mich ist auch wichtig, dass wir für die Zukunft eine Begrifflichkeit verändern. Wir sprechen bislang immer von DEM Stadtentwicklungskonzept. Es gibt nicht DAS eine Konzept, was sich ja schon daran zeigt, dass wir diverse Teilpläne erstellen. Ich begreife Stadtentwicklung vielmehr als einen Prozess, der nie zu Ende geht. Denn das, was wir heute wissen und an Lösungsstrategien entwickeln, ist nicht in Stein gemeißelt, sondern muss in regelmäßigen Abständen hinterfragt und ggf. korrigiert werden. Wir sollten daher künftig vom Stadtentwicklungsprozess und nicht vom Stadtentwicklungskonzept sprechen.

### Global ist auch lokal

Zu diesem Prozess gehört es auch, dass wir die Welt nicht einfacher denken und machen als sie ist. Wenn wir uns umschaun, was gerade global passiert, dann bereitet mir das große Sorgen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Immer mehr Nationalisten stehen an der Spitze mächtiger Länder. In ihrer Schlichtheit propagieren sie Nationalismus als die beste Lösung für alle Probleme. Jeder Wissenschaftler und jeder Mensch, der sich mit den Themen auseinandersetzt, wird aber erkennen, dass Nationalismus eher ein anderes Wort für Egoismus ist und dass dieser Egoismus die Welt zu einer schlechteren macht. Die Egoisten unter den politischen Führungspersonen haben noch nicht kapiert, dass ihr Egoismus mittel- und langfristig ihre eigenen Länder in die Katastrophe führt. Wer den Klimawandel als Erfindung Chinas gegen die amerikanische Wirtschaft begreift, wer glaubt, mit kontrollierten Grenzen sein eigenes Volk zu schützen und wer aus internationalen Netzwerken aussteigt und sich seiner europäischen Verantwortung entzieht, der wird am Ende den Menschen im eigenen Land einen äußerst schlechten Dienst erweisen. Diese Menschen denken nicht in komplexen und globalen Zusammenhängen, wie es unbedingt erforderlich

ist, wenn wir wollen, dass es uns auf diesem Planeten gut geht. Sie denken beschränkt auf in der Gesamtschau unbedeutende, kleine Fleckchen Erde und sie werden am Ende die Verlierer sein. Leider hat das den unangenehmen Nebeneffekt, dass unter der fehlenden Weitsichtigkeit Einzelner viele Menschen anderswo auf der Welt leiden müssen. „Was hat das Ganze denn jetzt mit uns in Greven zu tun?“, werden Sie sich vielleicht fragen. „Leider viel mehr als man im ersten Moment glaubt“, lautet meine Antwort. Denn die ersten Ausläufer davon erreichen uns bereits. Wenn der Kämmerer mahnend den Zeigefinger hebt und uns allen sagt, dass fast fünf Millionen EUR an Gewerbesteuer weggebrochen sind, dann greift das zutiefst in unseren finanziellen Gestaltungsspielraum ein und dann beschränkt das Ihre Handlungsfähigkeit in der Kommunalpolitik. Diese Entwicklungen haben in einer Wirtschaftswelt, deren Mittelstand längst global die Fühler ausgestreckt hat, unmittelbare Folgewirkungen. Der deutsche Wohlstand gründet sich im Wesentlichen auf Waren und die Dienstleistungen, die wir aufgrund unseres technologischen Fortschritts in alle Welt verkaufen. Brechen wichtige internationale Märkte wegen einer kontraproduktiven Zoll-Politik oder anderer politischer Blockaden weg, dann spüren das auch die Mittelständler in Greven, die eben nicht nur binnenmarktorientiert sind. Wenn die Auftragsbücher dieser Firmen nicht mehr voll sind oder wenn sie keine Fachkräfte mehr erhalten oder ausbilden – die angesichts der demografischen Entwicklung in Deutschland zwangsläufig auch aus dem Ausland kommen müssen – dann spüren wir das 1:1 in unserem Grevener Haushalt. Und wenn die US-Notenbank eine Steigerung von Leitzinsen ankündigt, dann betrifft das in einer globalen Welt heute alle Finanzmärkte. Und es wird nur eine Frage der Zeit sein können, bis auch eine EU-Zentralbank über die Anhebung von Leitzinsen nachdenken muss. Und dann haben wir neben einer deutlich verschlechterten Ertragslage zeitgleich eine enorm verschlechterte Aufwandssituation. Das, was in den letzten Jahren gut geklappt hat, gerät dann in eine Schiefelage und sehr schnell wird der städtische Haushalt dann auch wieder das Sigel

„Haushaltssicherungskonzept“ oder gar „Nothaushalt“ tragen. Noch sind wir da nicht. Aber wir müssen sehr wohl aufpassen, dass wir nicht aus eigenem und fremdem Verschulden wieder dorthin kommen!

### Die Sache mit dem Konnexitätsprinzip

Wenn wir heute schon beim Thema „SüBes oder Saures“ waren, dann habe ich eine geballte Portion „Saures“ im Kopf, wenn ich an die aktuelle Bundes- und Landespolitik denke. Auf beiden Ebenen übertreffen sich die Regierenden gegenseitig mit zum Teil populistischem und opportunistischem Verhalten. Die Versprechen – besonders im Vorfeld von Wahlen oder wenn aktuelle Umfragewerte gerade schlecht sind – reißen nicht ab: Sichere Rente, mehr Pflegekräfte, kostenfreie Kita für alle, bessere Bezahlung für alle Pflegekräfte und Erzieherinnen, G 9 kehrt zurück und Inklusion ist angesagt. Na klar: Wie sollte man ernsthaft gegen ein Mehr an staatlicher Leistung sein? Wer wollte nicht, dass wir mehr und besser bezahlte Erzieherinnen und Pflegekräfte haben? Und wer würde es nicht begrüßen, dauerhaft eine sichere Rente zu haben oder das Thema Inklusion voranzubringen? Die Sache hat nur einen großen Haken: Derartige Leistungen müssen auch bezahlt werden können. Bezahlt wird es letztlich von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Im Grunde ist das Prinzip einfach: Wer Versprechungen herausposaunt, der stellt auch die erforderlichen Ressourcen bereit. Und wir wollen doch mal unterstellen, dass man nur bestellt, was man anschließend auch selbst bezahlen kann. Oder gehen Sie abends in der Erwartungshaltung in ein gutes Restaurant, dass Ihnen der Chefkoch die Hälfte des Essens aus eigener Tasche bezahlt? Damit das gewährleistet ist, gibt es das sogenannte Konnexitätsprinzip. Das gilt zwischen Bund und Ländern, aber auch zwischen dem Land NRW und seinen Kommunen. In der Landesverfassung von NRW finden wir es in Artikel 78 Absatz 3. Sinngemäß heißt es dort: Wird den Kommunen eine Aufgabe durch das Land übertragen, dann hat das Land dafür zu sorgen, dass die notwendigen, durchschnittlichen Aufwendungen ausgeglichen werden. Und wenn sich

etwas an den Aufwendungen verändert, dann müssen auch die Ausgleichszahlungen angepasst werden.

Das klingt in der Theorie wirklich überzeugend und für ein Gesetz so überraschend klar und eindeutig. Funktioniert nur in der Praxis leider nicht wie gewünscht. Jüngstes Beispiel in einer bedauernswerten Kontinuität der letzten Jahre ist die Erstattung von Kosten für die Betreuung von Asylbewerbern. Zunächst gab man den Kommunen pauschal so wenig Geld, dass der Kostendeckungsgrad bei ca. 50 Prozent lag. Eigene Berechnungen des Landes gab es nicht, Berechnungen der Kommunen interessierten nicht. Als der Druck zu groß wurde, hob man die Pauschale auf ca. 80 Prozent an. Und versprach eine Berechnung der Ist-Kosten. Der Vorschlag einer vom Land beauftragten Studie besagt jetzt: Geben wir den großen Städten mal richtig viel – auch mehr als sie vielleicht benötigen – und den kreisangehörigen muss dann auch eine Kostendeckung von 83 Prozent reichen. Die Differenz zwischen Großstadt und Städten wie Greven liegt bei mehr als 30 Prozent! Das wird dann lapidar mit möglicherweise höheren Grundstückspreisen in Großstädten begründet. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass die Grundstückspreise in aussterbenden Ruhrgebiets-Metropolen höher sind als bei Kommunen im Münsterland. Ganz ehrlich, meine sehr geehrten Damen und Herren: So kann Konnexität nicht funktionieren. Wir geben den Solidaritätsgedanken unter Kommunen auf, um die Großstädte zufriedenzustellen. Die einen versprechen Standards und die anderen – sprich: die Kommunen – müssen dann selbst zusehen, wie sie Deckungslücken schließen. Damit wir uns nicht falsch verstehen: Wir in Greven leben den Integrationsgedanken – sei es Politik, sei es Verwaltung, seien es Kirchen und Verbände, seien es engagierte freiwillige Helfer – in herausragender Weise. Wir tun weit mehr und wollen auch weit mehr tun, um Integration zu ermöglichen. Weil wir das als unsere ethische und menschliche Pflicht ansehen. Dafür nehmen wir auch viel Geld in die Hand. Gut investiertes Geld, keine Frage. Aber es kann und darf einfach nicht wahr sein, dass nicht einmal für die Basisleistun-

gen, die eindeutig nicht Aufgabe der Kommunen sind, das Geld zur Refinanzierung ausreicht. Oder besser gesagt: Bei uns Kleinen reicht es nicht aus. Die Großen verdienen sogar daran. Man verlangt von uns, dass wir auf eigene Projekte und Gestaltungswünsche verzichten, um Bundes- und Landesaufgaben zu schultern. Nein, meine Damen und Herren, so geht das nicht! Wir werden bei allen Themen, die ich vorhin nur angerissen habe, unsere kommunalen Spitzenverbände auffordern, auf die Barrikaden zu gehen. Und zum Glück tun sie das inzwischen auch mit lauter Stimme und sehr vehement. Denn derlei Dinge werden auf dem Rücken der Menschen vor Ort ausgetragen. Da darf man sich am Ende nicht wundern, wenn die Politikverdrossenheit groß ist. Wer seine Hausaufgaben als Bundes- oder Landesregierung vernünftig macht, der wird dafür sorgen, dass diejenigen in besonderer Weise honoriert werden, die sich dem Integrationsgedanken mit besonders viel Engagement und guten Ideen verschreiben. Das nennt man vernünftige Integrationspolitik.

### Finanzierung der Kommunen

Noch mehr Sorgen bereitet mir eine Entwicklung im Landesbereich. Hier insbesondere die sogenannte Einwohnerveredelung. Diese führt letztendlich dazu, dass ein Einwohner vom Land in einer Großstadt mit einem deutlich höheren Finanzbedarf akzeptiert und über die Schlüsselzuweisungen ausgestattet wird. Das hat zur Folge, dass die für einen Einwohner im kreisfreien Raum und im kreisangehörigen Raum immer weiter auseinanderklaffen. Das ist eine deutliche Benachteiligung durch das Land für uns hier im ländlichen Raum. Wenn man mal die Verteilung der Schlüsselzuweisung in den letzten 10 Jahren vergleicht, stellt man fest, dass mittlerweile der Anteil der Schlüsselzuweisungen für Kreisfreie Städte auf fast 55 % gestiegen ist, während für den kreisangehörigen Raum 45 % verbleiben. Das Verhältnis war 2008 noch umgekehrt. Dabei muss man wissen, dass 59 % der Gesamtbevölkerung des Landes in kreisangehörigen Städten und Gemeinden leben. Nach dem derzeitigen Entwurf des GFG 2019 würde auf Einwohner des kreisangehörigen Raumes eine durchschnittliche Schlüsselzuweisung von

386 € entfallen, verglichen mit 691 € für die Bewohner kreisfreier Städte. Nun können wir die Landespolitik nicht direkt beeinflussen, sollten aber noch einmal mit unseren Vertretern in der Landespolitik für unsere Interessen werben.

### Finanzsituation Greven

Kommen wir aber zu unseren eigenen Steuerungsmöglichkeiten. Ich überlasse den Haushaltsstatus und das zu erwartende Ergebnis des nächsten Etats gerne unserem Kämmerer. Lassen Sie mich aber gewissermaßen zur Überleitung auf die Eateinbringung von Matthias Bückler noch kurz einige Worte zu unserer Finanzsituation sagen:

Wir investieren nach den aktuellen Zahlen der mittelfristigen Finanzplanung in den nächsten Jahren fast 100 Mio. EUR. Das ist echt eine Menge Holz! Dass ich diese Investitionen prinzipiell gut, richtig, notwendig und zukunftsweisend finde, habe ich in den letzten beiden Jahren in meinen Etatreden mehr als eindeutig gesagt. An dieser Einschätzung hat sich natürlich nichts geändert. Investitionen in die digitale oder allgemeiner technische Infrastruktur und in die Bildung sind unbedingt richtig und wichtig. Aber es gibt für mich auch zwei Warnsignale, die ich an dieser Stelle nicht verschweigen möchte. Im letzten Jahr sprachen wir in der mittelfristigen Planung noch von ungefähr 85 Mio. EUR, jetzt sind es schon fast 100 Mio. EUR. Für jede Investition müssen wir uns an anderer Stelle im Haushalt jeden Cent der Abschreibungen zurückverdienen. Wir verdienen unser Geld mit Zuweisungen von Bund und Land, die wir nicht beeinflussen können. So weit, so schlecht. Wir wollen zugleich aber nicht unsere Steuern erhöhen. Tun wir auch nicht, wenn man von der Grundsteuer A für landwirtschaftliche Betriebe absieht. Aber das ist so mit dem Landwirtschaftlichen Ortsverband besprochen und kommt den Landwirten an anderer Stelle ja unmittelbar wieder zu Gute wie beim Neubau der Emsbrücke in Hembergen. Zeitgleich die Steuerschraube nicht drehen, gleichzeitig aber immer mehr Geld ausgeben zu wollen, geht allerdings nur so lange gut, bis das Konto ein Soll und kein Haben mehr aufweist. Bei den Investitionen haben wir aktu-

ell das Problem, dass uns die Baukosten explodieren. Alles wird teurer, erheblich teurer. Und die Verschuldung der Stadt steigt damit weiter an. Das sind Schulden, die wir kommenden Generationen in die Schuhe schieben. Wir können das nicht guten Gewissens immer so weiter treiben. Und es gibt eine zweite Stellschraube, an der sehr wohl wir selbst drehen können: Wir sollten bei jeder Investition, die wir tätigen, immer überlegen, für welchen Zeitraum wir sie wirklich benötigen und wie lange wir finanziell in der Lage sind, sie auch zu unterhalten. Wenn wir massive Gebäude für die Ewigkeit bauen, die eine Lebenserwartung von – sagen wir 80 oder 100 Jahren haben – dann ist der Abschreibungsbetrag pro Jahr vielleicht relativ übersichtlich. Aber: Vielleicht wird das Gebäude nur für 20 Jahre benötigt, weil danach auch die Stadt Greven nicht mehr wächst und die Bevölkerung älter geworden ist. Was passiert dann mit dem Gebäude? Es wird auch die nächsten 60 oder 80 Jahre nicht nur mit den Abschreibungen den Haushalt belasten. Es muss in dieser Zeit auch unterhalten, saniert und bewirtschaftet werden. Alles das verursacht Jahr für Jahr Aufwand, der voll zu Buche schlägt. Nimmt man einmal diese Kosten von Unterhaltung, Sanierung, Bewirtschaftung und Betrieb, dann kann es ganz schnell passieren, dass man für diese notwendigen Leistungen in 15 bis 20 Jahren genau so viel Geld aufgewandt hat wie für die gesamte Investition. Und dieser Aufwand steigt progressiv. Mit anderen Worten: Bei allen Investitionen, die wir heute tätigen, müssen wir immer im Blick haben, wie lange wir sie überhaupt benötigen. Wir dürfen nicht den Fehler machen, dass wir ständig neue Forderungen nach aktuell gerade wünschenswerten Investitionen erfüllen, für die aber noch Jahrzehnte später eine Generation büßen muss, die sie dann nicht mehr gebrauchen kann. Eine solche Denkweise treibt kommende Generationen mittel- und langfristig in die Handlungsunfähigkeit. Wir tragen dafür die Verantwortung. Und kommende Generationen werden uns für maßloses Verhalten in der Gegenwart in der Zukunft zu Recht verteufeln. Das sollten wir nie aus dem Auge verlieren!

Zusammengefasst: Es ist gut und richtig in Dinge zu investieren, die wir mittel- und langfristig benötigen. Aber wir müssen bei den heutigen Entscheidungen langfristig denken und dürfen uns nicht auf Kosten unserer Kinder und Enkel Denkmäler setzen oder uns auf ihre Kosten bereichern.

Bei allen mahnenden Worten darf ich aber auch daran erinnern, dass wir in den letzten Jahren gemeinsam mit ausgesprochener Disziplin und Klarheit in unseren Entscheidungen Handlungsspielräume zurückgewonnen haben. Ich habe Verständnis dafür, dass wir diese Spielräume nun für die Gestaltung wichtiger Aufgaben nutzen wollen. Und ich bin mir auch sicher, dass Ihnen und uns allen daran gelegen ist, dass wir diesen Gestaltungsspielraum auch erhalten wollen und gemeinsam kritisch darüber nachdenken werden, wie wir das für die nächsten Jahre zusammen schaffen. Daran lassen Sie uns alle mit vereinten Kräften zusammenarbeiten – so wie in den vergangenen zehn Jahren. Es waren sehr erfolgreiche Jahre für Greven!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.